

Inserate
werden angenommen
in den Bosen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Hr. Ad. Schick, Hoflieferant,
Hr. Gerber u. Breiterstr. 2, Ecke,
Hr. Fickel, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.
Verantwortliche Redakteure:
F. Nachfeld für den politischen
Theil, A. Boer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Bosen.

Bosener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bosen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Hr. Hoff, Hauptstr. 1, Nr. 4-6,
Hr. J. Dauter & Co., Hauptstr. 1.
Verantwortlich für den
Inseratenthell:
F. Kluglik
in Bosen.

Nr. 820

Dienstag, 22. November.

1892

Thronrede zur Eröffnung des Reichstages.

(Telegramm der „Bosener Zeitung.“)

Der Kaiser eröffnete heute Mittag 12 Uhr im Ritter-
saale des königlichen Schlosses zu Berlin den Reichstag mit
folgender Thronrede:

Geehrte Herren! Beim Eintritt in Ihre Beratungen heiße
ich Sie zugleich im Namen meiner hohen Verbündeten will-
kommen. Der Rückblick auf den seit Ihrer letzten Tagung
verflossenen Zeitraum gewährt ein nicht ungünstiges, wenn
auch nicht in allen Beziehungen erfreuliches Bild. Auf dem
Gebiete des wirtschaftlichen Lebens sind berechnete Er-
wartungen vielfach nicht in Erfüllung gegangen; der Absatz
der Erzeugnisse der vaterländischen Arbeit hat sich in seinem
Umfange und in seinem Ertrage nicht durchweg auf der Stufe
befunden, welche unserem wirtschaftlichen Interesse entspricht.
Daneben hat die in einzelnen Theilen des Reiches aufge-
tretene, nun aber, Dank der kräftigen Abwehr, als getilgt zu
betrachtende Seuche dem inneren Verkehr empfindliche Schranken
auferlegt und dem Wohlstande unserer ersten Seehandelsstadt
betragswerthe Wunden geschlagen, welche das aufrichtige
Mitgefühl der Nation finden. Im Hinblick jedoch auf die
im allgemeinen gesegnete Ernte und auf die bisher von Er-
folg begleiteten Bemühungen der verbündeten Regierungen, der
deutschen Arbeit neue und erleichterte Absatzwege zu ver-
schaffen, gebe ich mich der Erwartung hin, daß wir zu einem
kräftigeren Aufschwunge der wirtschaftlichen Thätigkeit ge-
langen werden, sofern uns der Friede, dessen Pflege mir und
meinen hohen Verbündeten am Herzen liegt, erhalten bleibt.

Bei den freundlichen Beziehungen, in welchen wir zu
allen Mächten stehen, und in dem Bewußtsein, daß wir bei
der Verfolgung des gemeinsamen Zieles auch ferner der dankens-
werthen und wirksamen Unterstützung der mit uns verbündeten
Staaten uns zu erfreuen haben werden, darf ich die Hoffnung
hegen, daß Deutschland in dem friedlichen Bestreben, seine
idealen und wirtschaftlichen Interessen zu fördern, nicht werde
gestört werden.

Gleichwohl macht es uns die Entwicklung der Wehr-
kraft anderer europäischer Staaten zur ersten, ja gebieterischen
Pflicht, auch unsererseits auf die Fortbildung der Vertheidi-
gungsfähigkeit des Reichs mit durchgreifenden Mitteln Bedacht
zu nehmen. Sener Entwicklung gegenüber dürfen wir nur bei
Durchführung des bewährten Grundsatzes der allgemeinen
Wehrpflicht erwarten, daß diejenigen Eigenschaften unseres
Heeres, auf welchen seine Kraft und sein Ruhm beruht,
Deutschland die bis dahin unter den Mächten eingenommene,
achtunggebietende Stellung auch für die Zukunft sichern
werden. Von dieser Ueberzeugung einmüthig durchdrungen,
schlagen Ihnen die verbündeten Regierungen die Annahme eines
Gesetzentwurfes vor, welcher, indem er die Friedenspräsenz-
stärke des Heeres anderweit regelt, die volle Ausnutzung un-
serer Wehrkraft ermöglicht. Sie verkennen dabei nicht die
Größe des von der Nation zu bringenden Opfers, allein Sie
vertrauen mit mir, daß mehr und mehr die Nothwendigkeit
dieses Opfers anerkannt werden und daß der patriotische Sinn
des Volkes bereit sein wird, diejenigen Lasten zu übernehmen,
welche für die Ehre und die Sicherheit des Vaterlandes ge-
tragen werden müssen. In dem Bestreben, diese Lasten thun-
lichst zu erleichtern, wird die Dienstpflicht im Heere bis zu
der militärisch als zulässig erkannten Grenze thatsächlich ein-
geschränkt werden; daneben wird durch die erweiterte Aus-
bildung und Verwendbarkeit der jüngeren Kräfte für den
Heeresdienst nicht allein eine empfindliche Ungleichheit in der
Erfüllung der Wehrpflicht, sondern auch der wirtschaftliche
und militärische Nachtheil abgemindert, welchen die Heran-
ziehung der älteren Jahrgänge mit sich bringt. Zugleich wird
diesen Jahrgängen eine Schonung zu theil werden, deren Sie
sich bei den gegenwärtigen Einrichtungen nicht zu erfreuen
haben.

Um den Haushalt der einzelnen Bundesstaaten mit der
Aufbringung der für die Verstärkung der Armee erforderlichen
Mittel nicht zu beschweren, besteht die Absicht, diese Mittel
durch die Erhebung neuer Einnahmequellen für das Reich
zu beschaffen. Demzufolge unterliegen gegenwärtig der Beschluß-
nahme des Bundesraths mehrere Gesetzentwürfe, welche auf
eine anderweite Besteuerung des Biers, des Branntweins
und gewisser Börsengeschäfte abzielen. Ungeachtet der nicht
unerheblichen, im allgemeinen innerhalb der planmäßigen
Grenzen sich haltenden oder auf rechtlichen Verpflichtungen
beruhenden Mehrausgaben, welche der Reichshaushaltsetat für

das nächste Jahr in Aussicht nimmt, werden die Bundes-
staaten in den ihnen gebührenden Ueberweisungen eine mehr
als ausreichende Deckung für die allen gemeinsamen Matrikular-
beiträge vom Reiche empfangen.

Mit Rücksicht auf die Ansprüche, welche die zur Fort-
bildung unserer Heereseinrichtungen bestimmte Vorlage und die
damit in Verbindung stehenden Steuergesetzentwürfe an Ihre
Arbeitskraft stellen, werden Ihnen, außer dem Etat, von den
verbündeten Regierungen nur solche Vorlagen zur Beschluß-
fassung zugehen, deren Erledigung besonders dringlich erscheint.

Meine Herren! Indem ich Sie einlade, in Ihre Geschäfte
einzutreten, weiß ich, daß es der besonderen Aufforderung, die
Beratungen in vaterländischem Geiste zu pflegen, nicht bedarf.
Der feste Wille der Nation, das Erbe der Väter zu wahren,
den Frieden zu sichern und dem geliebten Vaterlande seine
theuersten Güter zu erhalten, wird — das ist meine Zuversicht
— zu einer Einigung über den von mir und meinen hohen
Verbündeten Ihnen vorgeschlagenen Weg führen. Geschieht
dies, so wird das Reich im Vertrauen auf Gott und auf die
eigene Kraft der Zukunft ohne Sorge entgegengehen dürfen.

Deutschland.

Berlin, 21. November.

— Dem Bundesrath ist heute der Entwurf eines Gesetzes
betr. die Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zugegangen.

L. C. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erdreistet sich, an die
Bitte des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus, der
Regierung nicht Motive unterzuschreiben, die nicht vorhanden
sind, eine längere Moralspredigt an die Adresse der
unabhängigen Presse zu knüpfen. Zeitungen haben nur
insoweit Bedeutung, als sie der Ausdruck selbständiger Ueber-
zeugungen sind. Blätter, wie die „N. A. Z.“, die gestern als
Sprachrohr des Fürsten Bismarck, heute als solches des
Grafen Caprivi und dessen Kollegen fungirt, sind in der That
nicht berechtigt, der unabhängigen Presse Vorlesungen über
Anstand und gute Sitten zu halten. Im Uebrigen haben wir
schon daran erinnert, daß es gerade die „N. A. Ztg.“ gewesen
ist, die f. Z. die Auffassung vertreten hat, daß das preussische
Staatsministerium keinen Anspruch auf Mitwirkung bei der
Vorbereitung einer Militärvorlage habe. Das Blatt schrieb
damals: „Welche Weiterungen müßten entstehen, wenn zuerst
das preussische Staatsministerium ein die Militärorganisa-
tion betreffendes Gesetz beriethe und danach zu Tage käme,
daß es in dieser Form für Bayern oder Sachsen oder Württem-
berg militärische Unmöglichkeiten enthielte?“ Das preussische
Staatsministerium brauche über ein Militärgesetz so wenig ge-
hört zu werden wie über ein Postgesetz u. s. w. — Sollte der
Ministerpräsident Graf Eulenburg in seinen Bemerkungen vom
letzten Sonnabend beabsichtigt haben, der Caprivi-offiziösen
„Nordd. Allg. Ztg.“ einen Denktzettel zu geben?

— In der Thronrede war ein neues Wahlgesetz „so-
bald als thunlich“ angekündigt. Bei Einbringung der Steuer-
vorlagen erklärte der Ministerpräsident: „Ich hoffe in der Lage zu
sein, im Laufe der gegenwärtigen Session Ihnen eine Vorlage zu
bringen, welche in dieser Beziehung das Nöthige vorsieht.“ Finanz-
minister Mequel sagte heute im Abgeordnetenhaus, Abg. Herfurth
habe nicht nöthig gehabt, auf die gleichzeitige Erledigung der Wahl-
rechtsfrage mit der Steuerreform so großes Gewicht zu legen, da
es bekannt sei (Widerspruch aus dem Hause), daß die bezügliche
Vorlage noch in dieser Session an das Abgeordnetenhaus kommen
werde. Hinterher freilich gab der Finanzminister zu verstehen, er
erwarte, daß das Haus nach Einsichtnahme des statistischen Mate-
rials auf die Erledigung der Wahlrechtsfrage doch vielleicht keinen
Werth mehr legen oder daß eine Versäumnung über die Wahlrechts-
reform nicht zu Stande kommen werde.

— Im Fortgange der gestrigen letzten Sitzung des Sozial-
demokratischen Parteitages wurde eine Resolution
angenommen, welche sich gegen jedes direkte oder indirekte Kompromiß
mit anderen Parteien ausspricht, dagegen der weitere Antrag auf
unbedingte Stimmenthaltung bei Stichwahlen zwischen
anderen Parteien abgelehnt. Der Beschluß des Sanct Gallener
Parteitages, welcher den Schriftsteller Bruno Geiser von allen
Ehrenämtern ausschloß, wurde aufgehoben. Dem Antrag auf
Ausschluß Schumachers aus der Reichstagsfraktion wurde be-
schlossen, keine Folge zu geben. Der Antrag, über den Antisemitis-
mus und die gesellschaftliche Krisis Referate zu hören, wurde
abgelehnt und die am Sonnabend beantragte Resolution gegen den
Antisemitismus debattelos angenommen. Singer gab dann einen
Rückblick über die Arbeiten des Parteitages, hob insbesondere die
Einigkeit der Partei hervor und schloß den Parteitag um 3½ Uhr
Nachmittags.

Aus dem Gerichtssaal.

* Berlin, 21. Nov. Der Mordprozeß Rosenberg
andete, wie wir unseren Lesern bereits mittheilten, mit der Ver-
urtheilung des Postkassiers Rosenberg zu zehn Jahren
einem Monat Zuchthaus, wovon ein Monat als verbüßt
erachtet wurde. Die weiteren Zeugnisaussagen waren fast sämt-
lich für den Angeklagten ungünstig, besonders schwer belastete ihn
das Dienstmädchen Grunow, die noch in diesem Sommer einen
Revolver bei ihm gesehen hat und erklärte, Frau Rosenberg habe
fortwährend Angst vor ihrem Manne gehabt und kurze Zeit vor

der Mordthat mehrere Nächte bei der Zeugin geschlafen. Die
Zeugin behauptete ferner, daß am kritischen Abend des 23. Juli
der Angeklagte, als er fortging, den Hund ohne Maulkorb mit-
genommen habe. Es war gegen 9½ Uhr. Kurz vor 10 Uhr ist
der Angeklagte mit dem Hunde wieder nach Hause gekommen. —
Am nächsten Morgen hat der Angeklagte die Zeugin nach seiner
Frau gefragt. Sie will darauf gesagt haben: „Mein Gott,
Ihre Frau ist Ihnen ja nachgegangen. Der Angeklagte
soll darauf erklärt haben, daß er sie nicht gesehen habe;
als dann aber die Zeugin den Hund mit dem Maulkorb laufen
sah, habe ihm die Zeugin sofort gesagt: „Ihre Frau hatte ja den
Maulkorb mitgenommen!“ — Der Angeklagte bestritt entschieden,
den Hund bei sich gehabt zu haben. — Die Zeugin blieb trotz aller
Vorhaltungen dabei, daß der Hund am 24. Juli genau den Maul-
korb getragen habe, den die Frau Abends vorher mitgenommen.
Sie gerade habe die Frau Rosenberg darauf aufmerksam gemacht:
„Da nimmt Ihr Mann schon wieder den Hund ohne Maulkorb
mit!“ Die Frau soll darauf erwidert haben: „Gaffen Sie nur,
ich gehe ihm nach und dann nehme ich den Maulkorb mit.“ —
Dieser grabenden Aussage gegenüber wollte der Angeklagte sich
auf die Zeugin Deutschmann berufen, die ihm an jenem Abend be-
gegnet sei und gesehen haben müsse, daß er keinen Hund
bei sich hatte. Es stellte sich heraus, daß diese Begegnung nichts
beweist, da sie schon vor 8 Uhr stattfand. Der Koch Bauer, der
bei Rosenbergs wohnte, erklärt, er habe am Abend des 23. Juli
und am folgenden Morgen an dem Angeklagten große Un-
ruhe bemerkt. Als die Leiche gefunden war, hat ihm der Ange-
klagte gesagt: „Wenn Sie vor Gericht kommen sollten, dann
brauchen Sie sich für mich nicht ins Zeug zu legen. Sagen Sie
dann nur die Wahrheit, denn mir können Sie nichts anhaben!“
Ein anderes Mal hat er zu dem Zeugen gesagt: „Ich habe schon
so viel erlebt und werde auch darüber hinwegkommen und wenn
ich im Zuchthaus enden sollte!“ — Der Schwager Rosenbergs,
Postillon Weinert, nahm zum Schluß auch noch seine anfängliche
Zeugenverweigerung zurück und bekundete: Im vorigen Winter
habe ihm der Angeklagte einen Revolver geschenkt, den er dem Ge-
richte eingeliefert hat. Der Angeklagte habe noch einen Revolver be-
sessen, den er an sich behalten habe. Nach dieser Befundung im Vereine
mit denjenigen der anderen Zeugen müßte der Angeklagte somit
vier Revolver besessen haben. Der Angeklagte bestritt alle diese
Behauptungen und betonte, die Verwandten seiner Frau wollten
ihn ins Zuchthaus bringen. Um 8½ Uhr begannen die Plaidoyers,
das Urtheil wurde erst Nachts 12 Uhr gefällt.

Lokales.

Bosen, 22. November.

* Die Agitation für die morgen beginnenden Stadtverord-
netenwahlen ist jetzt auf beiden Seiten eine sehr lebhaft. Nament-
lich wird seitens der Polen das Aeußerste gethan, um morgen und über-
morgen den Sieg zu erringen. Gestern gingen sämtlichen Wählern
der II. Abtheilung, ob deutsch oder polnisch, Wahlaufträge für die pol-
nischen Kandidaten zu, und um die Wähler der III. Abtheilung aufzu-
rütteln, wurde namentlich der Sonntag in ausgiebigster Weise be-
nutzt. Besonders scharf scheint der Wahlkampf im vierten Bezirk
(Wallischel und Schrodta) zu werden, wo der deutsche Kandidat
schon bei den früheren Wahlen immer bedeutende Minoritäten er-
halten hat. Die dortigen Wähler sind vom polnischen Wahlkomitee
noch heute Abend zu einer Versammlung einberufen. Die Wahl-
betheiligung wird morgen dem Anschein nach eine sehr starke werden.

* Ein Offizierspferd war gestern Abend auf dem Hofe des
Grundstücks Oberwallstraße Nr. 3 in eine — jedenfalls nicht gut
zugebede — Düngrube gefallen. Die zur Hülfe gerufene
Feuerwehr schaffte das Pferd unverletzt aus der Grube.

* Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurden gestern
zwei Bettler, vier Dirnen und eine Frau, welche einen Korb bei
sich trug, der vor zwei Wochen aus einem Geschäft in der St.
Martinstraße gestohlen worden war. Zur Bestrafung notirt
7 Fußwerksbesitzer, deren Wagen nicht vorschriftsmäßig be-
leuchtet waren. — Nach dem städtischen Krankenhaus
geschickt ein Arbeiter, welcher schwer krank in der Wilhelm-
straße auf der Erde lag. Eine Verlehrsstörung entstand beim
Hotel de Rome dadurch, daß ein Pferd vor einem mit Getreide
beladenen Wagen stürzte und erst nach längerer Zeit wieder auf
die Beine gebracht werden konnte. Sinnlos betrunken
lag gestern auf dem Alten Markt eine Frau, welche man nach dem
Polizeigewahrhaft brachte.

Angekommene Fremde.

Bosen, 22. November.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bromer). Die Rittergutsbes.
Baron v. Seydlitz mit Bedienung a. Szobke, Major v. Mollard
a. Gora, Reg.-Rath v. Guenther a. Berlin, die Rittergutsbesitzer
v. Carstanien a. Berlin, Dr. Schulz a. Wulstow, Guse a. Streden-
tin, v. Hansemann a. Bempowo, Referendar Dr. Matthiew a.
Berlin, Dr. Sarré und Kaden a. Berlin, Geisler a. Bromberg,
Ingenieur Rummelfanger a. Hagen i. W., die Kaufl. Wenzl a.
Berlin, van Dijk a. Holland, Seelig a. Breslau, Fräulein Theil
a. Stettin.

Hotel de Berlin (Paul Plaensdorf). Dampfziegelbesitzer
v. Tiefen-Hennig a. Czarnitau, Gutsbesitzer v. Czarnowski a.
Bosen, Agronom Bierzbiszewski a. Warschau, Bautechniker Herr
mann a. Lodz, die Kaufl. Weidemann a. Elberfeld, Berrin a.
Berlin, Heymann a. Duisburg, Bachmann a. Rastatt, Müller a.
Breslau, Schulze a. Danzig, Leonhardt a. Berlin, Gutsbesitzer
v. Rasimowski u. Frau a. Swadzim.

Hotel de Roma. — F. Westphal & Co. Die Kaufl. Victor
a. Bremen, Eltan, Spiegel, Schimonski und Gundermann nebst
Frau a. Berlin, Grünberger a. Leipzig, Fränkel, Cohn, Sprung
u. Creutzberger a. Breslau, Theopold a. Amsterdam, Rahlberg a.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deack u. Co. (A. Könel) in Posen.